

**Zeitschrift:** Wissen und Leben  
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft  
**Band:** 16 (1915-1916)

**Artikel:** Die Politik Englands und die europäischen Kleinstaaten  
**Autor:** Meyer, R.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-750185>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 03.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## DIE POLITIK ENGLANDS UND DIE EUROPÄISCHEN KLEINSTAATEN<sup>1)</sup>

Die Ziele der englischen Politik sehen wir in zwei großen Gruppen vereinigt, deren Grundsätze ebenso klar und einfach, wie ihre Mittel mannigfaltig und mit schwierigen Problemen verbunden sind. Das Ziel der ersten Gruppe ist die Konsolidierung und Entwicklung des englischen Kolonialreichs. Für sie bildet das Jahr 1781 einen Wendepunkt, indem es die Loslösung der nordamerikanischen Union vom britischen Mutterland besiegelte. Das Wort der napoleonischen Proklamation vom 26. Februar 1815 — Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen — hat für England noch nie gegolten. Mit der nüchternen Ruhe und Klarheit, die dem Engländer zu eigen ist, zog das Ministerium die Konsequenzen aus den Lehren der amerikanischen Freiheitskriege, indem William Pitt die Foxsche Formel adoptierte: „Das einzige Mittel zur Erhaltung der Kolonien besteht darin, diesen Ländern die Möglichkeit der Selbstregierung zu gewähren.“ Seit 134 Jahren ist England von diesem Grundsatz nie mehr abgewichen. Bestehende und neu eroberte Kolonien wurden im Sinne einer weitgehendsten Autonomie organisiert, und die Früchte dieser Politik sind 1914 reif geworden. Die Proklamierung des heiligen Krieges aller Mohammedaner, die Erinnerungen der noch lebenden Generation der Buren an den südafrikanischen Krieg, die feindliche Propaganda, nichts hat das festgefügte Gebäude des englischen Kolonialreichs erzittern lassen. Indien, Australien, Neu-Seeland, Südafrika und Kanada sind herbeigeeilt, um dem Mutterlande zur Zeit der größten Krisis beizustehen.

Die zweite Gruppe der britischen Politik, welche die europäischen Kleinstaaten besonders berührt, steht in logischer Verbindung mit dem ausgedehnten englischen Kolonialreich. Es ist die Ver-

---

<sup>1)</sup> Anmerkung des Verfassers: Wenn mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz über dieses Thema geschrieben wird, so kann eine übersichtliche Zusammenstellung *historischer Aktenstücke* ungleich größeres Interesse und auch größeren Wert beanspruchen, als subjektive Äußerungen ohne Belege. Der vorliegende Aufsatz stützt sich daher in seinem wesentlichen Inhalt auf Geschichtsquellen, denen die angeführten Dokumente entnommen sind. Es sind dies: Prof. Dr. Schweizer: *Geschichte der schweizerischen Neutralität*. Ernest Lavisse et Rambaud: *Histoire universelle*. (Vol. 8, 9, 10). Prof. Dr. Oechsli: *Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert*,

*hinderung einer Hegemonie* seitens irgendwelcher Kontinental-Großmacht. Die lebendigsten englischen Interessen stehen hier in Frage, da ein derart erstarkter Staat dem britischen Reich nicht lange ungefährlich bleiben könnte. Nicht das Problem an sich, wohl aber ein wesentlicher Faktor desselben, ist daher die englische Politik der Erhaltung europäischer Kleinstaaten. Für sich allein ungefährlich, würden diese durch freiwillige oder unfreiwillige Angliederung an einen schon erstarkten Großen, dessen politisches und militärisches Übergewicht noch wesentlich vermehren. Entsprechend ihrer geographischen Lage sind es auf der Westhälfte des Kontinents vor allem die Schweiz, Belgien und Holland, deren Unabhängigkeit durch europäische Militärhegemonien bedroht werden kann. Wenn die britischen Staatsinteressen mit dem fortdauernden Bestand europäischer Kleinstaaten zusammenfallen, so müssen diese Bestrebungen der englischen Politik in der politischen und diplomatischen Geschichte sichtbar werden.

Am 20. September 1792 brach unter den Schlägen der jungen französischen Republik das alte Europa bei Valmy zusammen. Die neue Epoche wurde durch die *französische Militärhegemonie* eingeleitet, deren Bekämpfung dreiundzwanzig Jahre dauern sollte. Europa bildete in fast unmittelbarer Folge sieben Koalitionen, bis der Koloss am Boden lag. Dessen unerbittlichster und konsequentester Feind war England. Nachdem Dumouriez die Österreicher am 6. November 1792 bei Jemmapes geschlagen, war Belgien von der österreichischen Herrschaft befreit. Als Anhänger der Girondisten wollte Dumouriez den Belgiern volle Freiheit schenken. Allein in der bewegten Politik des damaligen Frankreich siegte die aggressive Haltung der Montagnards, mit der auch wir Schweizer nur allzubald Bekanntschaft machen sollten. Die Annexion von Belgien wurde ausgesprochen, und mit diesem Dekret waren die englischen Staatsmänner in Bewegung geraten. William Pitt brach die Beziehungen zum französischen Botschafter Chauvelin unverzüglich ab. Aber die erste Koalition wurde von Frankreich zertrümmert. Obwohl bei Hondschote von Jourdan geschlagen, unterzeichnete England den am 5. April 1795 in Basel abgeschlossenen Frieden nicht. Auch die zweite Koalition endete mit der Schlacht von Bergen für die englischen Truppen unglücklich. Englands Alliierte wurden durch die Tage von Marengo, Montebello, Hohenlinden, nach Lunéville geführt,

wo sie am 9. Februar 1801 den Frieden unterzeichnen mussten. Großbritannien war damit aller seiner Alliierten beraubt und in der Kontinentalpolitik isoliert. Es musste sich vorübergehend zum Scheinfrieden von Amiens bequemen, der am 25. März 1802 unterzeichnet wurde. Aber auch während dieser sogenannten Friedensperiode blieb England der unversöhnliche Feind der französischen Militärherrschaft und protestierte ohne Unterlass gegen die Verletzung der Unabhängigkeit europäischer Kleinstaaten. Deutlich ersehen wir dies aus diplomatischen Akten dieser Zeit.

Otto (französischer Botschafter in London) an Talleyrand, 19. Oktober 1802: „... Die Vergleichung dieser Tatsachen bestätigt, dass das englische Kabinett zu folgendem entschlossen ist: 1. Die Unabhängigkeit der Schweiz zu unterstützen. 2. Malta erst nach Erledigung dieser Frage zu räumen.“

Talleyrand an Otto, 23. Oktober 1802: „... Wenn die britischen Staatsmänner direkt oder indirekt mit Krieg drohen, so antworten Sie energisch. Mit dem ersten Kanonenschuss wären wir Herren der Schweiz und Hollands. Nach zwei Kriegsmonaten hätte England Hannover und Portugal verloren und so in der Tat jenes gallische Reich geschaffen, mit dem es Europa immer zu schrecken sucht.“

Lord Hawkesbury an Otto (Rapport an Talleyrand, 25. Oktober 1802): „... Wenn ich recht verstehe, beharrt der erste Konsul darauf, Truppen in die Schweiz zu schicken. Darin liegt der Kern der Frage; denn die innere Organisation der helvetischen Regierung berührt uns wenig. Wir verlangen lediglich, dass dem Schweizervolk die volle Freiheit gewahrt bleibe, die ihm zusagende Regierungsform selbst zu wählen. Wie soll man aber diese Freiheit mit der Anwesenheit einer französischen Armee vereinigen? Der Einmarsch Ihrer Truppen in die Schweiz würde von der Mehrheit der englischen Nation, und infolgedessen vom Ministerium, als ein feindlicher Akt betrachtet werden.“

Otto an Talleyrand, 29. Oktober 1802: „Ich habe ihm (Hawkesbury) Ihre Depesche folgendermaßen resümiert: „Der ganze Inhalt des Vertrags von Amiens und nichts weiter.“ Seine ebenso lakonische Antwort lautete: „Der damalige Zustand des Kontinents und nichts weiter.“ Ich konstatiere allgemein, dass das System des Gleichgewichts hier wieder alles zu beherrschen beginnt. Man glaubt sich hier dazu berufen, das Gleichgewicht Europas zu schützen.“

Aber wie die frühern, so wurde auch die dritte Koalition von Frankreich zertrümmert. Sie beendete ihr kurzes Dasein nach den Katastrophen von Ulm und Austerlitz am 26. Dezember 1805 im Frieden von Pressburg. Nach Jena und Friedland zerstörte der Friede von Tilsit die vierte Koalition anno 1807. Wagram wurde der Vorabend zum Frieden von Wien und zur Auflösung der fünften Koalition am 14. Oktober 1809. Zur Zeit der ersten Koalitionen hatte England in Holland gekämpft, während es seine Anstrengungen später auf die französischen Heere in Spanien konzentrierte. Außerdem unterstützte es seine Alliierten in weitgehendstem Maße mit Geldmitteln. Ohne englische Finanzhilfe wäre verschiedenen Staaten die abermalige Beteiligung an neuen Koalitionen unmöglich gewesen. Der erste Pariserfriede vom 30. Mai 1814 beendete die sechste Koalition mit Zerstörung der napoleonischen Militärhegemonie.

Nach Erreichung des Hauptziels beginnen nun in England in der Tat Schwierigkeiten, als der Kaiser von Elba zurückkehrte. Eine starke liberale Minderheit des Ober- und Unterhauses glaubte Frankreich genügend geschwächt, und wollte zudem von der Wiedereinsetzung der Bourbonen nichts wissen. Es brauchte die ganze Energie des englischen Kabinetts, um die hohen Gefahren einer neuen Herrschaft Napoleons darzulegen. In den Sitzungen vom 23. Mai 1815 bewilligte das Oberhaus die Beteiligung an der siebenten Koalition mit 156 gegen 53, das Unterhaus mit 331 gegen 92 Stimmen. Gegen die Regierung nahm unter anderem Lord Byron Stellung. In keinem Augenblick der Geschichte ist nun aber die politische Haltung Englands bezeichnender, als nach Waterloo. Napoleon hatte — um mit ihm selbst zu reden — „seine politische Rolle beendet.“ Nun sehen wir das britische Kabinett bestrebt, die allzugroße Schwächung Frankreichs zu Gunsten seiner kontinentalen Sieger zu verhindern. Diese Haltung Englands gipfelte in der Weigerung, der von Humboldt und Hardenberg geforderten Annexion Elsaß-Lothringens zuzustimmen. Am 22. September 1814 wurde in der Delegiertensitzung der vier Verbündeten versucht, das geschlagene Frankreich aus dem Kranz der Großmächte hinauszudrängen. Der Versuch scheiterte an der energischen Haltung Englands, dessen Vertreter Castlereagh gemäß Instruktionen die Zuziehung Frankreichs zu den vorberatenden Konferenzen forderte, die dem eigentlichen Wienerkongress vorangingen. Diesem Verlangen gab Metter-

nich am 30. September Folge, denn Lord Castlereagh hatte seiner Protokollerklärung deutlich beigefügt: „Je ne puis consentir à être lié absolument par une majorité.“ Noch nachdrücklicher wurde diese Politik Englands, als mit dem Friedensvertrag von Gand am 24. Dezember 1814 die amerikanische Diversion beseitigt und das Londoner Kabinett seiner Kontinentalpolitik größeren Nachdruck verleihen konnte. Das Ziel wurde erreicht: Frankreichs Vorherrschaft war gebrochen, die Kleinstaaten erhalten und die Bildung neuer Hegemonien für die nächste Zukunft verhindert.

Parallel mit diesen politischen Bestrebungen ging eine *innere Entwicklung Englands*, welche die fortschreitende Demokratisierung bedingte. Diese Tendenzen, verbunden mit Vorliebe für Natur und einfache Sitten, kamen auf literarischem Gebiete, durch eine ausgesprochene Bevorzugung von Rousseau und Bernardin de Saint-Pierre zum Ausdruck. Auf politischem Gebiet hatten sie die Entwicklung des englischen Parlamentarismus zur Folge, der heute unbestritten als das Muster aller europäischen Volksvertretungen gilt. Die zunehmende Demokratisierung wurde damals in dem geflügelten Wort ausgedrückt: „In England ist die Herrschaft des Degens von der Herrschaft des Regenschirms verdrängt worden.“ In der Folge sollten diese demokratischen Tendenzen wiederum verschiedenen Kleinstaaten auf politischem Gebiet zu gute kommen.

Die klare, auf Erreichung praktischer Ziele gerichtete Politik Englands ist besonders anlässlich der Gründung der „*Heiligen Allianz*“ sichtbar geworden. Am 19. November 1815 — am Tag vor der Unterzeichnung des zweiten Pariserfriedens — trat Ludwig XVIII diesem mystisch-politischen Bunde bei, und seinem Beispiel folgte alsbald die Schar der Kleinen. Die Folge war eine bis 1848 dauernde politische Reaktion in ganz Europa, die auch wir Schweizer nur zu deutlich spürten; die politischen Errungenschaften der Helvetik und Mediationszeit gingen verloren. Europa war einig, mit Ausnahme Englands. Zur Teilnahme an der „Heiligen Allianz“ eingeladen, lehnte der Vertreter Großbritanniens nach erhaltenen Instruktionen mit der bezeichnenden Begründung ab, die wir nachstehend im Urtext wiedergeben: „Le parlement anglais donnerait son adhésion à un traité pratique de subsides ou d'alliance, mais jamais à une simple déclaration de principes bibliques qui reporterait l'Angleterre au temps des saints de Cromwell.“

Als in England die Whigs unter der Führung Canning's ans Ruder gelangten, wurden diese demokratisch-liberalen Tendenzen natürlich noch ausgesprochener. Griechenland verdankte den schließlichen Erfolg seiner Freiheitskriege gegen die grausame Türkenherrschaft allerdings zunächst der politischen Hilfe des Zaren Nikolaus I, der nach Beendigung des siegreichen russisch-türkischen Krieges, am 14. September 1829 im Frieden von Adrianopel die Anerkennung der griechischen und serbischen Autonomie erzwang. Griechenland verdankte den Erfolg aber auch England, das bereits am 18. Oktober 1827 die furchtbare Flotte von Ibrahim Pascha in der Seeschlacht von Navarin zerstörte, welche die griechischen Küstenstädte gebrandschatzt und verwüstet hatte. Es war die wohlbekannte Zeit der „Philhellenen“, als sich die Intellektuellen von ganz Europa vereinigten, um den Griechen in ihrem Befreiungskampf gegen das Türkenjoch beizustehen.

Das im Jahr 1830 ins Amt gelangte Ministerium Grey unterstützte sodann den Unabhängigkeitskampf Belgiens vom August-Oktober gleichen Jahres. So konnte sich das Land von der allzu persönlich und reaktionär gewordenen Herrschaft Wilhelms I von Oranien lösen. England war in seiner Haltung gegenüber Belgien nicht mehr isoliert, als Karl X am 2. August 1830 abgedankt hatte, und das ancien régime Frankreichs — diesmal endgültig — durch die liberale Juli-Monarchie Louis Philippes ersetzt wurde.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war die englische Kontinentalpolitik zu wiederholten Malen für *die Schweiz* von Wert und erfolgreich. Der Vorort Zürich hatte anno 1833 die Signatarmächte unserer Neutralitätsakte um ihre Ansicht hinsichtlich Schaffung einer neuen Bundesverfassung ersucht, eine nach unsern heutigen Begriffen sachlich ganz ungerechtfertigte Ängstlichkeit. Zunächst sprachen sich Preußen und Österreich gegen eine solche aus. England, anfänglich unterstützt von Frankreich, trat dieser Einmischung in die internen schweizerischen Verhältnisse entgegen. Unter dem Einfluss des Ministers Thiers vollzog sich aber in der französischen Auslandspolitik eine Wendung, die u. à. auch eine andere Haltung in der schweizerischen Verfassungsfrage mit sich brachte. Beim Ausbruch des Sonderbundkrieges schlug das französische Kabinett Guizot, mit Zirkularnote vom 4. November 1847, den Mächten eine gemeinsame Vermittlung vor. England antwortete aber absichtlich

erst am 16. November und zwar ablehnend, indem es betonte, „dass sich die Schweiz keineswegs in Auflösung befinde und daher die ewige Neutralität nicht verwirkt habe.“ General Dufour hatte inzwischen bereits Gelegenheit, den Krieg zu entscheiden, indem sich Freiburg am 13. November den eidg. Truppen ergeben musste. Über diese englische Verschleppung hat sich der enttäuschte Metternich in den heftigsten Ausdrücken geäußert. In der Schweiz aber lachte man, und das Wort vom „perfiden Albion“ war damals bei uns keineswegs geläufig. Am 18. Januar 1848 überreichte die Koalition der Schweiz eine neue Note, in der sie erklärte, die Kantonsouveränität dürfe nicht angetastet werden. Die schweizerische Antwort vom 15. Februar 1848, redigiert von Dr. Jonas Furrer, bekämpfte die Protektoratstheorie der Koalition. In der gegenwärtigen Zeit dürfte es besonders interessieren, dass der österreichische Ministerpräsident Metternich — als Seele der Koalition — im Falle der Ablehnung der Note durch die Schweiz, eine hermetische Verkehrsabspernung in Verbindung mit militärischer Intervention in Aussicht genommen hatte (Metternich: *Nachgelassene Papiere*. Band VII, Seite 516). Die Protektoratsbestrebungen samt den Metternichschen Absichten wurden aber zu Schanden, indem gerade in diesen Tagen die Pariser Februarrevolution ausbrach. Die Juli-Monarchie mit ihren Häuptern wurde weggefeht, und die zweite Republik stellte sich in der schweizerischen Verfassungsfrage auf die Seite Englands. Ungestört konnte nun die Schweiz ihre Umwandlung vom Staatenbund in den Bundesstaat vollziehen, und eben das so düster eingeleitete 1848 ist zum schweizerischen Verfassungsjahr geworden.

Wenige Jahre später ballten sich im Neuenburgerhandel wieder Kriegswolken über unserm Land zusammen. Als der König von Preußen am 20. September 1856 die bedingungslose Freilassung der Neuenburger Gefangenen verlangte, riet ihm England, dies durch Verzicht auf seinen nominellen Fürstentitel zu erkaufen. Der schweizerische Standpunkt: „Das Fürstenrecht verschwindet, sobald ihm die Zustimmung des Volks entzogen wird“, wurde vom britischen Kabinett unterstützt. Als Napoleon III, als Vermittler zwischen der Schweiz und dem König von Preußen, am 30. September wiederum die Freilassung wünschte, weigerte sich England neuerdings, dieselbe zu befürworten, „indem es keine Garantie für den Erfolg der Frei-

lassung übernehmen könne.“ Großbritannien nahm damals so energisch gegen die Ansprüche des Königs von Preußen Stellung, dass das Resultat der Mächtekonferenz zum voraus bekannt war, deren Verhandlungen am 5. März 1857 in Paris ihren Anfang nahmen. Im übrigen darf beigefügt werden, dass die damalige politische Lage der Schweiz — auch abgesehen von der Unterstützung Englands — eine günstige war. Die süddeutschen Staaten fürchteten sich damals noch vor einer Absorbierung durch das immer stärker werdende Preußen, und legten daher dem Durchmarsch einer erdrückenden Anzahl preußischer Truppen diplomatische Schwierigkeiten in den Weg.

Die englische Politik der *Erhaltung europäischer Kleinstaaten* kommt in allen diesen historischen Vorgängen deutlich zum Ausdruck. Auch die neueste Geschichte Europas hat hiefür Beispiele geliefert. Sentimentale Erwägungen konnten und durften England selbstverständlich nie dazu veranlassen, für Kleinstaaten einzutreten. Wer wird einer Großmacht eine solche Albernheit zumuten! Uns Schweizern genügt die Feststellung der Tatsache, dass die Erhaltung unserer Republik mit den englischen Staatsinteressen parallel läuft, als integrierender Bestandteil des europäischen Gleichgewichts.

Ist es nicht eine Wiederholung der Weltgeschichte und eine Ironie zugleich, wenn der deutsche Reichskanzler in seiner aufsehen-erregenden Reichstagsrede vom 19. August 1915 sich ebenso abfällig über die Gleichgewichtspolitik Englands äußert, wie der französische Botschafter Otto am 29. Oktober 1802? Dieser mit den etwas spöttischen Worten: „Man glaubt sich hier dazu berufen, das Gleichgewicht Europas zu schützen.“ Jener mit der energischen Drohung: „Die englische Politik der „balance of power“ muss verschwinden.“ Als Angehörige eines europäischen Kleinstaates wünschen wir Schweizer von ganzem Herzen, dass dieser Ausspruch Drohung bleiben möge. Das Bewusstsein, dass die Erhaltung unserer Republik mit den englischen Staatsinteressen parallel läuft, wird uns allerdings auch dazu veranlassen müssen, gegen eine einseitige, politisch und historisch gleich ungerechtfertigte „Engländerhetze“ Stellung zu nehmen. Ob der jeweilige Eingriff Englands in die Kontinentalpolitik von den betroffenen Mächten diese oder jene Beurteilung erfuhr, berührt uns Schweizer in keiner Weise; denn diese Frage liegt außerhalb unseres Interessenkreises. Lassen wir wieder

mehr als bisher *historische Tatsachen* für unsere politischen Überzeugungen begleitend sein und gedenken wir der Worte unseres Dichters Spitteler: „Mehr Geschichtsunterricht!“ Wir werden alsdann den Phrasen einer oberflächlichen Tagespresse umso vorsichtiger gegenüberstehen, welche Schlagworte wiederholen, die keines schweizerischen Ursprungs sind.

THUN

R. MEYER



## SOMMERNÄCHTE

Von HANS RCELLI

Der helle Mond ist aufgegangen  
Und die Wiesen und die Bäume  
Liegen in seinem Scheine gefangen  
Wie silbrige Träume.  
Vom Boden weht ein süßer Wind  
Und Sterne gehen in die Weiten  
Und klingen aneinander und sind  
Übervoll von Seligkeiten.  
  
Reifes Korn glitzert hoch  
Und in der Ferne  
Dunkelt ein Waldessaum  
Und darüber wandern Sterne.  
Und ihrer viele fallen  
In das Korn mit zitterndem Ton  
Und wachsen aus dem dunkeln Grunde  
Als flammender Mohn.  
  
Der Mond kommt in mein Zimmer  
Und die dunkeln Wände  
Haben einen leisen Schimmer.  
Ich lege meine Hände  
In das Licht, das kostbar ruht  
Und fühle, wie es tiefer sinkt  
Und wie mein dunkles heißes Blut  
Aus seiner hellen Kühle trinkt.

